

# DML Rundbrief

Für Mitglieder und Freunde der Deutschen Muslim-Liga e.V.

وَأَعْتَصِمُوا بِحَبْلِ اللَّهِ جَمِيعًا وَلَا تَفَرَّقُوا

Halte fest am Seil Gottes und entzweie Euch nicht  
(Korân Sure III, 103)

10. Jahrgang Nr. 04-5/2000 (Nr. 71/72)

Juli-Okt. 2000 –Rabi' II - Radschab 1421

## Neugewählter Vorstand der DML

Erklärung des neuen Vorsitzenden

der Deutschen Muslim-Liga e.V. (DML) Dr. Ayyub Axel Köhler

### Erklärung des Vorsitzenden:

Die DML versteht sich als Sachwalterin der besonderen Interessen von Muslimen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Als Religionsgemeinschaft werden wir uns weiterhin bemühen, insbesondere den deutschen Muslimen eine geistige Heimat zu geben. Auch die deutschen Muslime müssen ihre Anliegen der Gesellschaft gegenüber besser vertreten und wir sollten uns gegenseitig mehr Zusammenhalt und Rückhalt geben sowie gelebte Brüderlichkeit vermitteln.

In diesen Zusammenhang gehören auch unsere Bemühungen um bessere Bildung im allgemeinen und die islamische Bildung unserer Kinder, Heranwachsenden und Erwachsenen im besonderen. Das scheint mir um so wichtiger, als es noch immer keinen regulären islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gibt. Die Grundlagen für die islamische Bildung müssen verbreitert werden. Nur so werden wir in der Lage sein, als Muslime einen konstruktiven Beitrag in unserem Land zu leisten und das Bild des Islam in unserer Gesellschaft mit zu prägen. Die DML wird künftig eigene Bildungsoffensiven entwickeln müssen.

Es besteht ein unübersehbarer Bedarf an geistigem Austausch und

Am 2. September 2000 fand in Köln die 47. Jahresversammlung der Deutschen Muslim-Liga e.V. statt, auf der ein neuer Vorstand für zwei Jahre gewählt wurde. Dieser besteht aus folgenden Personen:

#### Vorsitzender:

Dr. Ayyub Axel Köhler

#### Stellvertretende Vorsitzende (in alphabetischer Reihenfolge):

Abdullah Leonhard Borek, Asiye Köhler, Dr. Ibrahim Rüschoff, Ulrike Thoenes, Brigitte Weiß  
Kassenwart: Salman Reutter  
Schriftführer: Muhammad Bilal Alexander Polzin

Beiräte: M. Abdul Karim Grimm, Fatima Grimm, Hassan Haacke,

Imam: Abdullah Frank Bubenheim

Diskussion über die hier skizzierten Probleme und Aufgaben unter den deutschen Muslimen, dem wir mit der Organisation von gemeinsamen Veranstaltungen und Freizeiten entgegenkommen sollten. Ich möchte die Erwartungen, die ich möglicherweise zu hoch angesetzt habe, später aber nicht enttäuschen. Die DML verfügt nur über

geringe finanzielle Ressourcen. Wir werden uns auch weiterhin nur aus eigener Kraft helfen können. Es sollte unser Stolz sein, unabhängig (besonders vom Ausland) zu bleiben. Deswegen müssen wir uns auch über die Mitgliedsbeiträge unterhalten.

Die DML wird als Gründungsmitglied des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) die Einheit unter allen Muslimen fördern und mit allen islamischen Gruppierungen in Deutschland weiterhin im Sinne des Islam brüderlich zusammenarbeiten. Es geht schließlich darum, den Islam in Deutschland verständlich zu machen, Verständnis für die Probleme der Muslime zu wecken und mitzuhelfen, die islamischen Freiheitsrechte in unserer Heimat zu verteidigen.

Die DML beteiligt sich am Dialog zwischen Juden, Christen und Muslimen und unterstützt damit alle Bemühungen, die dem friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft dienen. Die DML pflegt einen Islam der Gerechtigkeit und des Ausgleichs. Wir lehnen aus unserer Glaubensüberzeugung heraus den Rassismus und den Extremismus ab. Deshalb wird sich die DML nach Kräften an den Aktionen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit beteiligen. Wir beobachten dabei

mit Sorge und Unverständnis, dass der Islam und die Muslime bisher in der Diskussion um die Fremdenfeindlichkeit kaum berücksichtigt

werden. Es sollte zur "political correctness" gehörend, diskriminierende Maßnahmen und Äußerungen auch über den Islam, die

Muslimen und ihre Lebensweise zu ächten.

Köln, den 2. September 2000.

## Mitteilungen in eigener Sache:

1. Aus Gründen der Kostenersparnis möchten wir in Zukunft den Rundbrief als Datei im PDF-Format per Email verschicken, soweit Bezieher Zugang zum Internet haben. Wir bitten daher um Mitteilung der Email-Adresse an borek@batelco.com.bh mit dem einfachen Hinweis auf DML-Rundbrief.

Bekanntlich kann der Rundbrief bereits auch jetzt schon von der Webside Islam-Online des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD) abgerufen werden. Die Webside lautet:

[www.islam.de/D400\\_bibliothek/400\\_Hauptframe.html](http://www.islam.de/D400_bibliothek/400_Hauptframe.html)

2. Die 32-seitige farbige Broschüre "Islam und Muslime - Informationen zum Verständnis einer Weltreligion" im A5-Format (zum ersten Mal 1993 erschienen) ist neu aufgelegt worden und steht jetzt wieder gegen Erstattung der Portokosten zur Ver-

fügung. Anfragen sind an die DML zu richten. Diese Broschüre erfreute sich besonderen Zuspruchs von Schulen zur Verwendung im Unterricht. Sie wurde auch dem Islam-Pavillon der EXPO 2000 kostenlos zur Verfügung gestellt.

Das Ministerium für Justiz und Islamische Angelegenheiten im Staat Bahrain hat für die Da'wa-Arbeit im Islamischen Zentrum Ahmed Al Fateh in Bahrain mehrere Tausend Exemplare drucken lassen. Darauf hat die DML auf eigene Kosten zu einem günstigen Preis (bedingt durch die höhere Auflage) ebenfalls mehrere Tausend Exemplare erworben.

Entsprechend dem in § 4 ihrer Satzung festgelegten Auftrag will die DML mit der erneuten kostenlosen Bereitstellung dieser Broschüre für Verständnis und Toleranz gegenüber dem Islam eintreten. Mitglieder und Freunde der DML werden gebeten mit Spenden derartige Projekte in Zukunft zu unterstützen.

## Friedensverhandlungen über Palästina Der Stolperstein Jerusalem

Wir haben schon bei anderer Gelegenheit im Rundbrief zur Bedeutung Jerusalems für die Muslime Stellung genommen. Ohne Klärung der Jerusalemfrage ist eine Lösung des Nahostkonflikts unwahrscheinlich. Der Spielraum in Verhandlungsposition der Palästinenser wird nicht zuletzt auch dadurch eingengt, daß sie in bezug auf Jerusalem nicht nur die eigenen, sondern auch die Interessen der Muslime insgesamt berücksichtigen müssen. Auch deutsche Muslime sind hier Partei. Faule Kompromisse werden weder von den Palästinensern noch in der arabischen und islamischen Welt hingenommen werden.

Zur Rechtsposition der Palästinenser hat sich Edmund R. Hanauer, ein amerikanisch-jüdischer Menschenrechtsaktivist und Direktor der Organisation "Search for Justice and Equality in Palestine/Israel (Boston / USA) wie folgt geäußert:  
*Clinton und Barak üben auf Arafat Druck aus einer Lösung zuzustim-*

*men, die Israels überlegene Machtposition widerspiegelt und weder internationales Recht noch Menschenrechte zur Grundlage hat. Bei jedem einzelnen Streitpunkt finden die Palästinenser für ihren Standpunkt Unterstützung im internationalen Recht und "Kompromisse" bei den Menschenrechtsvereinbarungen bedeuten daher eine Verweigerung der legalen Rechtsposition und der Menschenrechte für Palästinenser. Schon 1993 haben die Palästinenser durch die Anerkennung des Staates Israel (ohne daß Israel im Gegenzug einen palästinensischen Staat anerkannte) eine umfangreiche Konzession gemacht, wenn man bedenkt, daß der Staat Israel 78% des früheren britischen Mandatsgebiets Palästina einnimmt.*

*Eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates von 1967 verpflichtet Israel zum Rückzug aus allen arabischen Gebieten, die 1967 besetzt wurden und im Gegenzug die Anerkennung des Staates Israel durch die Araber. Die Palästi-*

*nenser haben ihren Teil dieser Resolution erfüllt.*

*In bezug auf jüdische Siedlungen untersagt internationales Recht Israel Zivilisten auf dem den Palästinensern weggenommenen Land anzusiedeln. Trotzdem nutzen 200.000 jüdische Siedler illegal Land und Wasser der Palästinenser.*

*Die Palästinenser wollen Jerusalem gemeinsam verwalten. Unter Verletzung internationalen Rechts besteht Israel jedoch darauf Ostjerusalem weiterhin zu kontrollieren, wo 200.000 Palästinenser laut der führenden israelischen Menschenrechtsgruppe B'Tselem fortgesetzt Zwangsenteignung und Diskriminierung erleiden. Während des Krieges von 1948 vertrieb Israel Hunderttausende von Palästinensern und zerstörte 400 palästinensische Dörfer. Seit 1948 hat sich Israel über UN-Resolutionen hinweggesetzt, die das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf eine Rückkehr nach Israel bekräftigten.*

Im vergangenen Jahr (1999) riefen 1.100 amerikanische Religionsführer die Regierung der Vereinigten Staaten auf, Israel dazu zu bringen, das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr anzuerkennen.

Die Clinton-Administration hat sich gegen UN-Resolutionen gestellt, die darauf abzielten die Menschenrechte der Palästinenser anzuerkennen. Die Vereinigten Staaten geben Israel jedes Jahr mehr als drei Milliarden Dollar. Diese Unterstützung ermöglicht es Israel sich über internationales

Recht hinwegzusetzen, die Meinung der Weltöffentlichkeit zu ignorieren und eine Politik zu verfolgen, nach der ein Bruchteil des palästinensischen Volkes einen Bruchteil seines Rechts auf einem Bruchteil seines Landes erhält.

Die deutschen Muslime sollten sich auch daran erinnern, daß nach dem 2. Weltkrieg 13 Millionen ihrer Landsleute aus ihrer angestammten Heimat im Osten vertrieben wurden, der ersten "ethnischen Säuberung", bei der mehr als eine Million Menschen zu Tode kamen. Bei einer Veranstaltung zum "Tag

der Heimat 2000" am 3. September 2000 in Berlin, sagte Bundeskanzler Schröder:

**"Vertreibung läßt sich niemals rechtfertigen. Vertreibung, daran kann es keinen Zweifel geben, ist stets ein Unrecht."**

Wie wahr. Es bleibt zu hoffen, daß der Bundeskanzler und ganz besonders sein Außenminister, engagiert, wie beide in Fragen der Menschenrechte sind, dies in ihre Gespräche mit Israel einfließen lassen.

## Der Vatikan bekräftigt das Primat der katholischen Kirche

Am 5. September 2000 veröffentlichte die Glaubenskongregation des Vatikan ein Dokument unter dem Titel "Dominus Iesus". ([www.vatican.va/roman\\_curia/congregations/cfaith/](http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/)). Mit deutlichen Worten wurde das Primat der katholischen Kirche gegenüber dem Protestantismus und dem Judentum bekräftigt. Die Katholiken wollen den Juden Christus zwar nicht aufzwingen, doch sie warteten auf den Augenblick, an dem auch Israel zu Christus Ja sage, heißt es laut "Focus" in einem neuen Buch des Präfekten der vatikanischen Glaubenskongregation, Joseph Kardinal Ratzinger.

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Manfred Kock, hat die Erklärung des Vatikans zur katholischen Kirche als „Rückschlag für das ökumenische Miteinander" kritisiert. „Die Zeichen aus Rom stehen auf Stillstand", sagte Kock in Hannover. In dem Dokument würden Jesus Christus und die römisch-katholische Kirche in für andere Kirchen unakzeptabler Weise aneinander gerückt. Dem Prinzip eines Umgangs unter Gleichen werde so deutlich eine Absage erteilt.

Das gestern in Rom veröffentlichte Dokument „Erklärung Dominus Iesus" trägt die Unterschrift des Präfekten der vatikanischen Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger. Danach sei die einzige Kirche Christi verwirklicht in der

katholischen Kirche. Andere Religionen ließen „einen Strahl jener Wahrheit" erkennen. Papst Johannes Paul II. habe die Erklärung bestätigt und deren Veröffentlichung angeordnet.

Die römisch-katholische Kirchenlehre sei das größte Hindernis für eine vertiefte Gemeinschaft mit den Kirchen der Reformation, sagte EKD-Präses Kock. Die Zukunft der Kirche werde jedoch schon aus praktischen Notwendigkeiten heraus ökumenisch sein. Dies bedeute jedoch nicht die Nivellierung aller konfessionellen Profile, sondern die Überwindung ihres trennenden Charakters, meinte Kock.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, betonte in Bonn, die vatikanische Erklärung biete „klare Orientierungspunkte für einen geistlichen Dialog mit den nicht-christlichen Religionen".

Der interreligiöse Dialog könne nur dann gelingen, „wenn wir nichts von dem ablehnen, was in anderen Religionen heilig und wahr ist, gleichzeitig aber auch die Wahrheit unseres eigenen Glaubens nicht, verschweigen". Es gehe um eigene Selbstachtung ohne Hintanstellung eigener Überzeugungen.

Mit Blick auf die Unterscheidung zwischen Kirche und kirchlichen Gemeinschaften, an die das Dokument erinnert, unterstreicht Lehmann, die fehlende Einheit sei „für

alle eine Wunde". Die theologische Forschung müsse sich noch intensiver der weiteren Klärung dieser zentralen Frage zuwenden, die eng mit dem Problem der Einheit der Kirche verbunden sei. Unaufgebbare Voraussetzungen und bleibende Kriterien für die vollkommene Einheit der Kirche seien die apostolische Sukzession und die volle Wirklichkeit der Eucharistie. Diesbezüglich verweist Lehmann auf eine Note Ratzingers vom 30. Juni, in der dieser klargestellt habe, dass sich der Ausdruck „Schwesterkirchen" im theologisch strengen Sinn auf das Verhältnis zwischen der Kirche von Rom und den orthodoxen Kirchen beziehe. Dieser Begriff dürfe aber im Plural „nicht auf der Ebene der im Credo bezeugten einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche Verwendung finden". Wörtlich Lehmann: „Es gibt nur eine einzige Kirche."

Ob diese Entwicklung auch praktische Auswirkungen auf den interreligiösen Dialog, an dem auch die Muslime teilnehmen, haben wird, kann zunächst dahingestellt bleiben. Es geht dabei in erster Linie um das Verhältnis der verschiedenen christlichen Gemeinschaften zueinander.

Es gibt auch noch andere Probleme. Da wird die hessische Pastorin Bärbel Wartenberg-Potter (56) als Kandidatin für das Lübecker Bischofsamt aufgestellt, bislang Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK)

in Frankfurt/Main. In ihrem Buch „Wir werden unsere Harfen nicht an die Weiden hängen“ schreibt sie, daß sie täglich Kraft aus dem Gespräch zu einer altägyptischen Göttin namens Selket schöpfe. Sie begrüßt die Skulptur der Göttin (in ihrer Wohnung) allmorgendlich

mit den Worten: „Dein Auge voll Kühnheit, dein goldener Leib ohne Scham. Du weißt um die Gräber. So hast du Kraft zu verschenken an mich für den Auszug ins Morgen.“ Gerade als Muslim kann man durchaus verstehen, daß sich die katholische Kirche reserviert gibt,

wenn man man außerdem noch die „liberale“ Haltung der protestantischen „Kirche“ im Zusammenhang mit sogenannten homosexuellen Lebensgemeinschaften und ganz allgemein ihre Konzessionen an den Zeitgeist in Betracht zieht.

## Homosexuelle Lebensgemeinschaften

In diesem Sommer wurde in der deutschen Öffentlichkeit die gesetzliche Verankerung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, im Volksmund auch „Schwulenehe“ genannt, heftig diskutiert. Dabei geht es um eine weitgehende rechtliche und gesetzliche Gleichstellung mit der normalen Ehe von Mann und Frau.

Gesellschaftliche und moralische Aspekte wurden durch materielle Überlegungen aus dem Steuer- und Erbrecht verdrängt, ja es wird sogar das Recht auf Adoption eingefordert.

Wir würden uns gern aus dieser in unseren Augen unappetitlichen Debatte heraushalten, aber als Teil dieser Gesellschaft können die Muslime vor diesen Themen nicht die Augen verschließen.

Schutz der Norm der Ehe und Ablehnung der Abnorm der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft - und für uns Muslime auch jeder außer-ehelichen Partnerschaft - bedeutet Bewahrung des besonderen Status der Ehe und Ablehnung ihrer Aushöhlung durch Gleichstellung mit anderen Lebensweisen.

Offensichtlich aus Gründen der „political correctness“ haben nur wenige Kirchenführer in dieser Frage unmißverständlich Stellung bezogen und dazu gehört der im August verstorbene Erzbischof Johannes Dyba von Fulda.

Seine Stellungnahme wurde im SPIEGEL wie folgt veröffentlicht:

### „Importierte Lustknaben“

*Der Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba über das rot-grüne Gleichstellungsgesetz in DER SPIEGEL Nr. 28/2000 vom 10.07.2000, S. 77:*

*Recht ist es, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Gleiches ungleich oder Ungleiches gleich zu behandeln schafft dagegen Unrecht. Das ist der elementare Webfehler des Gesetzentwurfs. Da eine beliebige Partnerschaft oder Partnerschaft sich von Ehe und Familie mit all ihren Lasten und Pflichten wesentlich und absichtsvoll unterscheidet, ist es Unrecht, sie gleichzustellen.*

*Volker Beck sagt, dass er mit seinen Vorstellungen vor 20 Jahren noch ausgelacht worden wäre. Das stimmt, weil vor 20 Jahren noch jedes Kind wußte, dass zur Ehe Mann und Frau gehören und ein gleichgeschlechtliches Paar, das sich im Standesamt zwecks Eheschließung eingefunden hätte, für geistesgestört erklärt worden wäre. Die natürliche Ordnung der Dinge hat sich inzwischen aber nicht geändert, nur die ideologische Vernebelung der letzten 20 Jahre hat allzu vielen Leuten den klaren Blick auf die Schöpfungsordnung entzogen.*

*Die vorgesehene Gleichstellung widerspricht aber nicht nur der Natur, sondern auch unserer Verfassung. Das Grundgesetz stellt in Artikel 6 Ehe und Familie unter*

*den „besonderen“ Schutz des Staates. Das „Besondere“ ist das Gegenteil von Gleichstellung. Verfassungsrechtlich Anspruch auf die Fürsorge der Gemeinschaft gibt das Grundgesetz den Müttern. Von importierten Lustknaben zum Beispiel ist nicht die Rede, abgesehen davon, dass die Koppelung eines Zuzugs- und Bleiberechts an eine homosexuelle Liaison Erpressung Tür und Tor öffnet.*

*Die besondere Förderung von Ehe und Familie hat unsere Verfassung natürlich nicht ohne Grund vorgesehen, sondern weil von gesunden und glücklichen Familien unser aller Zukunft abhängt. Wenn der Nachwuchs ausbleibt und keine starke neue Generation mehr heranreift, dann sind all die Milliardeninvestitionen für wissenschaftliche und technische Zukunftsprojekte in den Sand gesetzt. Wir haben die Familien bisher eher zu wenig gefördert. Wenn wir jetzt die Weitergabe des Lebens mit all den damit verbundenen Mühen mit dem Verzicht auf seine Weitergabe gleichstellen, sägen wir den Ast ab, auf dem wir einmal sitzen wollen.*

*Kurzum: Die Verabschiedung dieses Gesetzes wäre eine Verabschiedung von der Schöpfungsordnung, eine Aushöhlung des Grundgesetzes und ein weiterer fataler Schritt in die Degeneration - im wörtlichsten Sinne des Wortes.*

Ende des Zitats.

## Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft in Deutschland

Von Abdullah L. Borek

Als ob es bisher in Deutschland keine politisch oder fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten gegeben hätte, wurde dieses Thema in den letzten Wochen „hochgejubelt“, daß man versucht ist ein

Ablenkungsmanöver zu vermuten. Man weiß nur nicht wovon.

Wir sind gegen jede Form von Gewalt, ganz gleich aus welcher Ecke sie kommt. Schließlich ist es für ein unbeteiligtes Gewaltopfer auch

völlig gleichgültig, ob es von einer rechten Glatze oder einem linken Chaoten krankenhausreif geschlagen wird.

Es ist uns bewußt, daß man sich in gefährliches Fahrwasser begibt,

wenn man bei diesem Thema nicht unisono in den Chor der Meinungsmacher einstimmt.

Wir möchten an dieser Stelle daher auch eine Stimme zitieren, die sich – wie wir meinen – nüchtern mit diesen bedauerlichen Vorkommnissen in unserem Lande auseinandersetzt. Nachstehend zitieren wir aus einem Artikel von Peter Gauweiler (CSU - die in Bayern lebenden Leser werden ihn sicherlich kennen), der unter dem Titel **“Moment mal”** am SONNTAG in der WELT am SONNTAG erschien. Dort heißt es: (Zitat)

..... *Rechtsradikalismus allerorten, liest man. Nun angeblich auch in Westdeutschland, wenn man Jürgen Rüttgers von der CDU glauben darf, der damit gleichzeitig seinen Parteifreund Koch aus Hessen korrigiert, welcher vor Übertreibung und Hysterie gewarnt hatte.*

*Vielleicht ist es die Unruhe, welche die Sommerhitze auslöst, dass man sich in Deutschland Wesentliches nicht in Erinnerung rufen will, was die angebliche Verbreitung rechtsradikalen Gedankenguts angeht: Bei der letzten großen Wahl in Nordrhein-Westfalen erhielt die rechtsextreme NPD 0,0 Prozent. Und dies, obwohl in keinem EU-Land so viele Ausländer leben wie in Deutschland und mehr Asylbewerber als in Frankreich, Großbritannien und Italien zusammen.*

*Von der schönen Ferieninsel Mallorca ist zu lesen, dass ein spanischer Bürgermeister ungehindert erklärt: "Kauft nicht bei Deutschen!" Die gleiche Aussage in Deutschland bezogen auf Spanier oder Türken oder eine andere ethnische Gruppe würde von unseren Gerichten (zu Recht) bestraft und unterbunden. In Deutschland ist im ersten halben Jahr dieses Jahres die Zahl rechtsextremistischer Straftaten gesunken. Gleichzeitig gibt es kein Land auf der Welt, wo jüdische Gemeinden so stark*

*wachsen wie in Deutschland.*

*Der größte evangelische Pressedienst Deutschlands „idea“: "Es ist schlimm und unverzeihlich, dass in Deutschland durch Rechtsextreme im letzten Jahr ein Ausländer zu Tode kam. Doch dabei darf nicht vergessen werden, dass die größte Gefahr für Ausländer in Deutschland durch Ausländer besteht. Woche für Woche kann man von den Todesopfern zahlreicher Fehden unterschiedlicher Ausländergruppen in diesem Land lesen." Tatsächlich ist bei Mord und Totschlag der Anteil "nichtdeutscher Tatverdächtiger" nach der polizeilichen Kriminalstatistik des Bundes mehr als drei Mal so hoch wie der Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung.*

*Der Staat ist auch nicht macht- und kraftlos. Gerade hat der Generalbundesanwalt bei einer Strafsache, wo es um den Tod eines wehrlosen Afrikaners und die unerhörten Umstände dieser Untat ging, für die drei jugendlichen Täter ausnahmslos Höchststrafen beantragt (zweimal zehn Jahre / einmal lebenslänglich). Merkwürdigerweise gehören zu denen, die in diesen Wochen besonders laut nach Strafverschärfung rufen und vor Verharmlosung warnen, die Gleichen, welche im letzten Sommer als es um einen anderen jugendlichen Serientäter ging (Mehmet), vor den schlimmen Folgen von Panikmache warnten.*

*Dieser Täter (der leider kein Einzelfall blieb) war freilich Ausländer und kein Deutscher, was ihm bei den Betreffenden offensichtlich mildernde Umstände einbrachte. Den Ausländern nutzt man damit nicht.*

Dann schreibt ein Herr Helmut Fürst aus Simmerath in einem Leserbrief an "DIE WELT", veröffentlicht am 4. September 2000, S. 42 – Leserbriefe:

*“Obwohl die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in den neuen Ländern*

*drastisch zurückgegangen ist (von 1485 im Jahr 1992 auf 746 im letzten Jahr), darf man keine einzelne Gewalttat gutheißen. Trotzdem fällt auf, dass derzeit eine Gefahr für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat weniger von Rechts als von Links ausgeht. Dass nun überall mit Euphorie "Stimmung gegen Rechts" erzeugt wird, legt die Vermutung nahe, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Während gegen "Rechts" Flagge gezeigt wird, hat man mit Linksextremisten kaum Berührungängste. Wenn man lauthals über ein NPD-Verbot nachdenkt, ohne im gleichen Zuge ein Verbot der PDS zu verlangen, muss man sich die Bemerkung gefallen lassen, sich der politischen Einseitigkeit schuldig zu machen. Die PDS sitzt inzwischen im Bundestag und großen Teilen der SPD ist das anscheinend egal bis sympathisch. Eine Medienkampagne zur Abwendung der "Gefahr von Links" ist daher allemal wichtiger, als eine "Gefahr von Rechts" herbeizureden. Damit soll nicht rechten Gewalttaten das Wort gesprochen werden, aber die Medienkampagne gegen Rechts erscheint so als Sommertheater mit dem Zweck, die Gefahr linkslastigen Denkens zu vernebeln.”*

Zur Klarstellung: Wir identifizieren uns nicht mit den obigen Aussagen, aber wir halten sie dennoch schon aus Gründen der Ausgewogenheit für beachtenswert.

Anschläge auf Kirchen, Synagogen, Moscheen, Tempel und andere religiöse Pflegestätten sowie die Schändung von Grabstätten sind nicht nur verbrecherisch sondern auch einer Kulturnation wie Deutschland unwürdig.

Es ist nicht hinnehmbar, daß in unserem Land Einrichtungen bestimmter Religionsgemeinschaften unter dauernden Polizeischutz gestellt werden müssen. Blosser Betroffenheitserklärungen von Politikern reichen nicht mehr aus.

## Zuwanderungskommission des Bundesinnenministeriums

Im Zusammenhang mit der Einberufung einer unabhängigen Zuwanderungskommission unter Vorsitz von Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth

schrrieb der stellv. Vorsitzende der DML, Br. Abdullah Borek, am 29.07.2000 an den Innenminister und drückte das Befremden darüber

aus, daß nicht ein einziger Muslim in die Kommission berufen wurde. Nachstehend geben wir im Aus-

zug den Wortlaut dieses Schreibens wieder:

..... Die DML begrüßt grundsätzlich die Einsetzung der Zuwanderungskommission, ist aber darüber befremdet, daß zwar die beiden großen christlichen Konfessionen sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland (in der Person ihres Präsidenten, Herrn Paul Spiegel) vertreten sind, nicht aber die Muslime. Die DML ist der Auffassung, daß die Muslime in Deutschland eine gesellschaftlich relevante Gruppe sind und einen hohen Anteil der Zuwanderer bilden. Die Muslime mit weit über zwei Millionen in Deutschland lebenden Anhängern sind nach den beiden christlichen Konfessionen die größte Religionsgemeinschaft in Deutschland. Es wird eingeräumt, daß es sich dabei vorwiegend um Ausländer handelt, jedoch gibt es inzwischen weit über 150.000 Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit, wovon fast 100.000 deutschstämmig sind, also nicht erst eingebürgert wurden.

Die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Juden, d.h. mit und ohne deutscher Staatsangehörig-

keit wird in der Presse mit 80.000 angegeben. Wir halten es daher für diskriminierend, wenn die Muslime ausgeschlossen bleiben.

Sie haben, Herr Minister, die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer auf Ihre Fahne geschrieben; es wäre jedoch kontraproduktiv, ja fatal, wenn eine große gesellschaftliche Gruppe wie die in Deutschland lebenden Muslime, unter denen sich sehr viele von der künftigen Zuwanderungsgesetzgebung Betroffene befinden, von der Mitwirkung ausgeschlossen würde. Wir bitten Sie daher, die Zusammensetzung der Zuwanderungskommission noch einmal zu überdenken. Die Muslime sind wie auch die christlichen Konfessionen auf unterschiedliche Weise organisiert, jedoch bietet sich praktischerweise der Ihrem Haus bekannte Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) als Ansprechpartner an.

Am 31.08.2000 kam aus dem Bundesinnenministerium folgende Verlautbarung:

Schily beruft türkischstämmigen Unternehmer zu Mitglied der Zuwanderungskommission

Bundesinnenminister Otto Schily hat den türkischstämmigen Hamburger Unternehmer Vural Öger in die von ihm eingesetzte unabhängige Kommission "Zuwanderung" berufen.

Öger lebt seit 1960 in Deutschland, wo er auch studiert hat. Der Diplomingenieur ist Gründer und Mehrheitsgesellschafter des Reiseunternehmens Öger-Tours. Darüber hinaus ist Öger durch soziales und kulturelles Engagement bekannt geworden. Er ist u.a. Vorsitzender der "Deutsch-Türkischen Stiftung", die sich der Waisenkinder aus dem türkischen Erdbebengebiet annimmt.

In der Kommission unter Vorsitz von Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth wurden bislang 20 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen berufen. Mit Vural Öger benennt Bundesminister Schily eine Persönlichkeit, aus deren Herkunftsland Türkei über zwei Millionen in Deutschland lebender Ausländer stammen.

Der Bericht der Zuwanderungskommission wird für das nächste Frühjahr erwartet.

### **Wie die Dänen mit Ausländern umgehen (aus DER SPIEGEL Nr. 38/2000 v. 18.09.2000, S. 193/4):**

Die Überlegungen zur Ausländerfrage, die FPÖ-Kommandeur Jörg Haider - neben vielen anderen Entgleisungen - in Verruf gebracht haben, sind in Dänemark zum Teil schon Gesetz. Die Regierung hat den Asylbewerbern die Sozialleistungen rabiat gekürzt. Sie hat der Familienzusammenführung Hürden in den Weg gestellt, die es sonst nirgendwo in Europa gibt. Innenministerin Karen Jespersen will jetzt auswärtige Kriminelle sogar auf einer einsamen Insel isolieren. Der Chefin der rechtskonservativen Dänischen Volkspartei, Pia Kjaersgaard, reicht das noch nicht. Sie fordert Sippenhaft für die Familien von straffälligen Asylanten. Wer gegen die Gesetze verstoße, solle zusammen mit seiner ganzen Familie abgeschoben werden.

Sozialdemokrat Rasmussen hat seinen Landsleuten versprochen, dass sie sich nie als "Fremde im eigenen Land" fühlen müssten. Eine multiethnische Ge-

sellschaft werde es in Dänemark nicht geben. Er hat inzwischen ein "Einwandererpaket" vorgelegt, das den Zuzug aus dem Ausland eindämmen soll.

Fremdenhass? Keineswegs. Viele Dänen haben einfach Angst, von Europa marginalisiert zu werden. Vor allem von den Deutschen. Wenn sie an den deutschen Einfluss in der Europäischen Gemeinschaft nur denken, dann kriegen sie zuweilen "Julemavepine" - die berühmten Weihnachtsschmerzen

Die Regierung hat bei der EU - im Rahmen ihrer "Fußnotenpolitik" - eine Sonderregelung für den Erwerb von Grundbesitz durchgesetzt. Nicht-Dänen dürfen Immobilien nur besitzen, wenn sie sie auch mehr als 180 Tage im Jahr bewohnen.

Das Gesetz wird zwar mit Hilfe von Strohmännern immer wieder unterlaufen. Aber Rechtsbrecher bleiben im allgemeinen nicht lange unentdeckt. Viele Nachbarn passen auf, ob auch regelmäßig der Mülleimer rausgestellt wird.

*Eine Bitte an unsere Leser in eigener Sache:*

Als wir diesen Rundbrief zum ersten Male im Jahre 1990 herausbrachten, war er als Mitteilungsblatt für unsere Mitglieder konzipiert. Bedingt durch das Interesse an den darin behandelten Themen auch außerhalb der Mitgliedschaft der DML, besteht inzwischen der überwiegende Teil der Leserschaft aus Nichtmitgliedern. Selbstverständlich wollen wir auch weiterhin diesen Rundbrief kostenlos an Interessenten versenden, müssen dabei aber die nicht unbedeutenden Kosten für Arbeitsaufwand, Material, Vervielfältigung und Porto berücksichtigen. Wir bitten daher dringend um freiwillige Spenden auf das Konto Nr. 120 428 der Deutschen Muslim-Liga e.V. bei der Hamburgischen Landesbank BLZ 200 500 00, damit der Rundbrief auch zukünftig regelmäßig erscheinen kann.